



P R E S S E D I E N S T

Pressemitteilung der Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände
für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH)

Nicht einseitig die Zeche zahlen

Der Wirtschaftsbereich Handelsvermittlung ist durch steigende Spritpreise besonders betroffen

Kein Verständnis zeigt die Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH), Berlin, für die Haltung von Bundesverkehrsminister Tiefensee, der es nach wie vor ablehnt, die Steuern auf Benzin und Diesel zu senken, um die Bürger zu entlasten. Von den ständig steigenden Benzin- und Dieselpreisen ist ein Wirtschaftsbereich wie die Handelsvermittlung besonders stark betroffen. „Die Bundesregierung muss jetzt ein Zeichen gegen die Kostenspirale setzen“ fordert Dr. Andreas Paffhausen, Hauptgeschäftsführer der CDH. „Es geht nicht an, dass sich der Bundesfinanzminister freudig die Hände reibt, weil er einer der Nutznießer der Preiswelle ist, und diejenigen, die aus beruflichen Gründen auf das Auto angewiesen sind und keine Alternative dazu haben, die Zeche zahlen müssen.“

Handelsvertreter müssen ihre Kunden besuchen, haben Kollektionen und Muster dabei, das geht nicht ohne den PKW. Mit durchschnittlich 40.000 Kilometer Fahrleistung im Jahr sind sie durch die Preisexplosion besonders belastet.

Die hohen Spritpreise bescheren dem Staat Mehreinnahmen in Milliardenhöhe. Bei jedem berechtigten Hinweis auf die steigenden Rohölpreise auf dem Weltmarkt darf nicht vergessen werden: Benzin und Diesel werden über Steuern und Abgaben vom Staat künstlich verteuert. Der Steueranteil am Benzinpreis beträgt dabei fast 90 Cent je Liter Benzin. Steigt nun der Benzinpreis, steigen auch die Mehrwertsteuereinnahmen, die 19 Prozent vom Endpreis ausmachen.

Gerade vor dem Hintergrund der derzeit kräftig sprudelnden Steuereinnahmen wäre es für die Bundesregierung jetzt an der Zeit, den Steueranteil am Benzin- und Dieselpreis zu senken, wie das auch in anderen Ländern geplant ist. Auch die Abschaffung von Öko- und Kfz-Steuer wäre ein Weg, die Autofahrer zu entlasten.

Sollte diese Preisentwicklung anhalten, besteht zweifellos die Gefahr, dass die Inflation weiter angeheizt wird. Dem Handel droht eine neue Teuerungswelle. Produkte, die auf den Rohstoff „Öl“ angewiesen sind, werden sich verteuern, und viele Hersteller werden die höheren Transportkosten an ihre Kunden weitergeben. Durch die hohen Energiekosten hat die Konjunktur bereits einen Dämpfer erhalten. Wenn die Autofahrer weiterhin gezwungenermaßen Anschaffungen aufschieben oder ganz aufgeben, wird der Aufschwung rasch zu Ende sein.

Angesichts dieser negativen Auswirkungen ist der Staat aufgerufen, rasch zu handeln, betont Dr. Paffhausen. Zudem dürfe es eine einseitige Belastung ganzer Wirtschaftsbereiche und Berufszweige nicht geben.

Berlin, 2.7.2008